

## **FRAGESTUNDE**

Beginn: 12.55 Uhr  
Ende: 14.05 Uhr

*Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Schröck übernimmt um 12.55 Uhr den Vorsitz.*

### **1) Warum nicht mal ein Vorbild sein?**

GR. **Pacanda** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wie wir leider wissen ist Graz die Feinstaubhauptstadt Österreichs und hat bereits im ersten Quartal die Jahresgrenzwerte überschritten. Graz ist aber auch eine von acht Modellregionen für Elektromobilität. Typische Fahrten eines Bürgermeisters beziehungsweise Stadtregierungsmitgliedes befinden sich innerhalb des Stadtgebietes und daher stellen sich mir einige Fragen und zwar, warum ist eigentlich die Stadt Graz beziehungsweise der Herr Bürgermeister, die Stadtregierung noch nicht feinstaubfrei unterwegs und noch nicht elektrifiziert und hat der Herr Bürgermeister nicht schon fast eine Verpflichtung als Vorbild hier mit gutem Beispiel voranzugehen und umzusteigen? Und wäre es nicht schön, wenn die Kronen Zeitung, die Kleine Zeitung morgen schreiben könnte oder in nächster Zeit schreiben könnte, Grazer Stadtregierung ist vorbildhaft, Bürgermeister der Stadt Graz geht mit gutem Vorbild voran?

Daher richte ich an Sie folgende

## Frage:

Wann, Herr Bürgermeister, werden Sie in Ihrer Funktion als Vorbild auf einen elektrischen Dienstwagen umsteigen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke für die Frage. Ich glaube, dass unsere Stadtregierung diesbezüglich sowieso schon vorbildhaft unterwegs war, weil wir haben die Flotte der Fahrer und auch die Fahrzeuge ja in den letzten Jahren massiv reduziert. Die Anzahl der Dienstautos für Stadtregierungsmitglieder und Mitglieder des Gemeinderates beträgt in Graz ja nur mehr vier Stück, die auch bei Bedarf sämtlichen Dienststellen der Stadt Graz zur Verfügung stehen. Das heißt, es gibt nicht nur mehr ein Dienstfahrzeug, das ein Bürgermeister, eine Stellvertreterin, ein Stadtregierungsmitglied benutzt, sondern diese vier Fahrzeuge stehen sehr vielen Persönlichkeiten zur Verfügung. Daraus resultierend ergibt sich aber die Notwendigkeit, mit diesen Fahrzeugen auch zahlreiche Überlandfahrten zu absolvieren, die wir auch zum Teil gemeinsam machen müssen. Ich denke jetzt nur an Städtetage und andere gemeinsam zu absolvierende Überlandfahrten und da war es halt immer schwierig, bislang Fahrzeuge zu finden, die über die richtigen Reichweiten verfügen, aber gleichzeitig auch erschwinglich sind und, wenn ich so sagen darf, aus dem Steuertopf auch dann mitfinanziert werden müssen. Wir haben ja eine ganz, ganz günstige Art gefunden, unsere Fahrzeuge immer für ein Jahr zu leasen, und die derzeit befindlichen wirtschaftlich zumutbaren E-Fahrzeuge haben eine Reichweite zwischen 150 bis 200 Kilometer, es gäbe welche, aber ich glaube, dass der Gemeinderat und wir alle kein Vorbild hätten, wenn jetzt der Bürgermeister von Graz einen Tesla oder sonst eine Marke fahren würde, die haben die Reichweiten, ich kann Ihnen aber auch sagen, dass wir natürlich Wert darauf gelegt haben, dass in möglichst vielen Abteilungen, auch innerhalb des Hauses Graz in der

Holding etc. wahnsinnig viele E-Fahrzeuge schon im Einsatz sind, auch Hybridfahrzeuge, dass wir das auch weiter ausbauen wollen. In dem Fall brauchen wir vier Fahrzeuge, die weitere Reichweiten haben und es war keines dabei, das so günstig wäre, wie wir jetzt mit diesen vier Fahrzeugen unterwegs sind. Darüber hinaus hat die Präsidialabteilung zwei Testfahrzeuge in Betrieb gehabt und wurde festgestellt, dass bei großer Inanspruchnahme im Stadtverkehr ebenfalls keine Nutzung über einen gesamten Tag möglich ist. Durch die starke Auslastung der Präsidialfahrzeuge würde deshalb ein E-Fahrzeug überhaupt nur zusätzlich zu den bestehenden vier Autos in Frage kommen. Was ich gemacht habe ist, dass ich immer wieder auch Fahrzeuge, wenn sie frei geworden sind, in der Holding etc. mir ausgeborgt habe, wir sie auch getestet haben und das hat auch gut funktioniert. Das heißt, ich war da schon manchmal vorbildhaft unterwegs, aber ich nehme an, dass in den nächsten Jahren da sich noch viel tun wird auf technischer Seite und dann werde wir das sicherlich in Anspruch nehmen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Pacanda:** Danke für die Beantwortung. Ich habe das natürlich im Hintergrund schon ein bisschen durchrecherchiert und bin schon fast zu dem Entschluss gekommen, dass ich eine ähnliche Beantwortung der Frage bekomme. Wenn ich richtig informiert bin, dann beträgt sich die Laufleistung der Fahrzeuge zirka 25.000 bis 30.000 Kilometer im Jahr, wenn man es runterrechnet und auch pro Tag fleißig fahren würde, kann ich dem Herrn Bürgermeister auch gerne eine Liste beziehungsweise den zuständigen Abteilungen eine Liste von Fahrzeugen zukommen lassen. Ich möchte nur ein Beispiel nennen, das ein bisschen plakativ machen, ich komme auch zu einer Frage und zwar, das von der Stadt Graz betriebene Fahrzeug ist meines Wissens ein 530er Diesel, hat Listenpreis, ich weiß, das ist sicher besser ausverhandelt worden, von zirka 60.000 Euro, ein i3, natürlich ein kleineres Fahrzeug, gibt es jetzt neu mit einer Range Extender Version, das heißt, der hat 160 Kilometer im Batteriebetrieb, um 300

Kilometer also mit Benzin, wenn man halt dann weiter raus muss. Das geht bis zu 420 Kilometer rauf, es gibt verschiedenste Autos, Preisklassen von 30.000 bis 40.000 Euro. Dementsprechend Leasings-Raten müssten eigentlich auch günstiger sein als die vorhandenen, die wir in Graz haben. Würde mich überraschen, also laut BMW ist die monatliche Leasing-Rate für einen i3 325 und 530 410 Euro, egal. Auf jeden Fall die Frage, wenn ich Ihnen die Liste machen würde von Fahrzeugen, und ich gehe davon aus, dass die Firma BMW ja ähnlich entgegenkommend sein würde bei einem elektrischen Fahrzeug, wie es bei einem Dieselfahrzeug sein wird, würden Sie dann den Weg in Richtung Umsteigen wählen, zumindest vielleicht ein Auto ersetzen durch einen elektrischen Dienstwagen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir liegen preislich ordentlich drunter, Punkt a Punkt b, es geht nicht nur um die Preise, es geht darum, mit welchem Fahrzeug ich wohin und wieder zurückkomme, unter Umständen auch in der notwendigen Geschwindigkeit und wenn du mir eine tolle Liste bringst, wir machen das gerne, ich werde das der Präsidialchefin weitergeben und dann werden wir... Und es kann jedes Fahrzeug sein, ich freue mich, wichtig ist, dass wir sowieso, und das ist rausgekommen, im Stadtgebiet wenig unterwegs sind, aber Überlandfahrten eben haben. Aber danke noch einmal... du weißt, ich bin ein großer Fan des Elektroautos, wenn wir dementsprechende Fahrzeuge kriegen, die leistungsfähig sind. Wir haben nach wie vor auch die Problematik, ich sage es auch da gerne, ich hätte gerne auch privat ein solches Fahrzeug, aber die Schwierigkeit, wenn man in der Altstadt wohnt und auch keine Garage da ist und nicht ununterbrochen Tankstellen verstellen möchte, das haben wir noch nicht gelöst, also da brauchen wir auch noch eine Lösung. Aber ich denke, da wird es, gerade auch in Anbetracht der heftigen Debatte um VW, demnächst einen ordentlichen Schub wieder in diese Richtung Hybrid und E-Fahrzeuge geben und sobald ein Modell da ist, das da auch geeignet ist, werden wir das sofort anschaffen.

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.00 Uhr den Vorsitz.***

## **2) Mindestsicherung – Entwicklung der Zahlen der Beziehenden**

GR.<sup>in</sup> **Potzinger** stellt an Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck** folgende Frage:

GR.<sup>in</sup> **Potzinger**: Geschätzter Herr Bürgermeister, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren, lieber Besucher auf der Galerie! Wie vom Herrn Bürgermeister schon angekündigt, ja es geht um die Entwicklung der Zahlen der Beziehenden der Mindestsicherung. Dazu wurde jetzt auch eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Im Sozialausschuss haben wir das Thema schon mehrfach diskutiert. Die Zahl der Personen, die zur Sicherung ihrer Existenz auf Voll- oder Teilunterstützung durch Mindestsicherung angewiesen sind, ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Das bedeutet für das Budget der Stadt Graz eine große Herausforderung, da die für die Mindestsicherung vorgesehenen Mittel bei weitem nicht ausreichen werden – voraussichtlich sind heuer noch einige Millionen Euro zusätzlich erforderlich. Wie gesagt, im Sozialausschuss wurde dieses Thema ausführlich erläutert. Aufgrund des dringlichen Antrags meines Kollegen Gemeinderat Thomas Rajakovics haben wir auch diese Arbeitsgruppe installiert. Das Thema ist aber aktuell von großem Interesse und deshalb möchte ich die Entwicklung der Mindestsicherung in Graz heute auch im hohen Plenum des Grazer Gemeinderates thematisieren.

Daher stelle ich an dich, sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, folgende

## **F r a g e :**

Wie hat sich die Zahl der mindestsicherungsbeziehenden Personen in Graz im ersten Halbjahr 2015 im Vergleich zu 2013 und 2014 entwickelt und mit welchen Mehrkosten ist für 2015 zu rechnen (*Applaus ÖVP*)?

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Sissi! Du sagst es, das Thema wurde im Sozialausschuss mehrfach besprochen, auch gestern ausführlich besprochen in der Arbeitsgruppe. Selbstverständlich können wir es gerne heute noch einmal besprechen im Gemeinderat, weil sich sicher alle Kolleginnen und Kollegen für dieses Thema interessieren. Ich habe mir erlaubt, die aktuellsten Zahlen mitzunehmen, also nicht nur das erste Halbjahr betreffend, sondern die Zahlen von Jahresbeginn bis zum 30. September 2015. In diesem Zeitraum wurde die Mindestsicherung für 4.104 Männer, 4.342 Frauen und 4.747 Kinder, also insgesamt 13.193 Personen, ausbezahlt. Im Jahr 2013 waren es 10.627 und 2014 12.775 Personen. Beim Rechnungsabschluss des Sozialamtes hat es in diesem Bereich von 2013 auf 2014 eine Steigerung von rund 24 % gegeben, für das Jahr 2015 wird mit einer Steigerung von 27 % gerechnet (*Applaus SPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Potzinger**: Kurze Zusatzfrage, Steigerung 27 % bedeutet beträchtliche Mehrkosten. Wie schaut es mit der Bedeckung aus?

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Diese Frage müsstest du an den leider nicht anwesenden Finanzstadtrat Gerhard Rüscher stellen, aber wir werden das so machen,

wie wir das jedes Jahr machen, es wird im Herbst einen Nachtragskredit brauchen, da die Steigerungen im gesetzlichen Bereich sind und die Stadt Graz verpflichtet ist, den 40%-igen Anteil zu bezahlen, was die gesetzlichen Regelungen betrifft (*Applaus SPÖ*).

### **3) Watchgroup gegen sexistische Werbung**

GR.<sup>in</sup> **Thomüller** stellt an Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck** folgende Frage:

GR.<sup>in</sup> **Thomüller**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Die von der unabhängigen Frauenbeauftragten Maggie Jansenberger 2009 gegründete und beim Grazer Frauenrat angesiedelte „Grazer Watchgroup gegen sexistische Werbung“ gilt als Vorreiterin ihrer Art. Mittlerweile hat die Grazer Watchgroup österreichweit einen hohen Bekanntheitsgrad erzielt. Auch andere österreichische Städte wie Wien und Salzburg sind dem Beispiel gefolgt und haben Watchgroups gegründet.

Aufgrund der Interventionen der Grazer Watchgroup wurden einschlägige Sujets auf Plakaten, Flyern oder in Zeitschriften zurückgezogen, die Watchgroup hat aber auch angehende Werbefachleute geschult und Firmen und NGOs beraten. Die Unabhängigkeit der Watchgroup hat ihren bisherigen Erfolg mitbestimmt. Die im Gremium vertretenen Personen, allen voran Ina Mastnak, gelten als ExpertInnen auf dem Gebiet.

Daher wäre es wichtig, dass die Watchgroup auch weiterhin in dieser Form und als unabhängiges Gremium bestehen bleiben kann und mit einer entsprechenden Förderung ausgestattet wird. Der geplante Aufbau einer neuen "Watchgroup" beim Frauenrat mit neuen Beteiligten, die sich erst auf das Thema einarbeiten müssen, wäre aufgrund der bereits jetzt zahlreich anstehenden Aufgaben zur Verbesserung der

Situation der Frauen in unserer Stadt nicht zielführend.

Aus diesem Grund stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **Frage:**

Unter welchen Umständen sind Sie bereit, die von Ihnen angedachte Eingliederung der Watchgroup gegen sexistische Werbung in das Frauenreferat noch einmal zu überdenken und auch weiterhin Fördermittel zur Unterstützung der bereits bestehenden Watchgroup zur Verfügung zu stellen (*Applaus KPÖ*)?

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Martina! Ich befürchte, dass ich deine Informationen zur Watchgroup gegen sexistische Werbung ein bisschen korrigieren muss. Offensichtlich wird dir nur die halbe Geschichte erzählt. Die damals unabhängige Frauenbeauftragte Maggie Jansenberger hat die Watchgroup nicht gegründet, sondern mitbegründet. Es war ein gemeinsames Projekt der damals zuständigen Frauenstadträtin Elke Edlinger, dem städtischen Frauenreferat, damals geleitet von Doris Kirschner, und der unabhängigen Frauenbeauftragten. Die operative Abwicklung ist anfangs ebenfalls gemeinsam erfolgt, dann hat die Aufgabe die Frauenbeauftragte hauptverantwortlich übernommen. Die Watchgroup ist auch nie beim Grazer Frauenrat angesiedelt gewesen, sondern die Frauenbeauftragte hat das Projekt im Rahmen ihrer öffentlichen offiziellen Tätigkeit betrieben und dass der Grazer Frauenrat als Trägerverein für die Anstellung der Frauenbeauftragten eingesetzt wurde, bedeutet nicht automatisch, dass Projekte der Frauenbeauftragten auch Projekte des Frauenrates waren und sind. Ich gebe dir auf jeden Fall Recht, dass die Watchgroup gute und wichtige Arbeit geleistet hat und weiter leisten wird und wir



dürfen in Graz auch zu Recht stolz darauf sein, dass es inzwischen auch in Wien und in Salzburg diese Watchgroup nach unserem Vorbild gibt. Auch andere schöne Projekte aus dem Frauenbereich haben Vorbildwirkung, wie zum Beispiel die schöne Helena, die üppige Schaufensterpuppe, die jetzt in Linz war und dann weitergeht nach St. Pölten und Klagenfurt. Du sagst, dass die Unabhängigkeit der Watchgroup den Erfolg mitbestimmt hat und die Unabhängigkeit nur dann gegeben ist, wenn die Watchgroup außerhalb der Verwaltung angesiedelt ist. Das stimmt, wie ich vorhin erzählt habe, erstens nicht ganz und zweitens würde das bedeuten, dass die Watchgroups in Wien und Salzburg von vorneherein zum Scheitern verurteilt sind. Du sprichst auch von einem Gremium, das weiterhin erhalten bleiben muss. Ich kenne dieses Gremium nicht. Ina Mastnak ist eine Expertin, die die Tätigkeit der Watchgroup übernommen hat, die Expertise von Ina Mastnak ist unbestritten und von unserer Seite ist natürlich geplant, auf diese Expertise weiterhin vertrauen zu können und das Ina Mastnak natürlich auch weiterhin machen soll. Ein Gremium, das es zurzeit nicht gibt, kann also schwer zerschlagen werden und es soll auch keine neue Watchgroup geben, ganz im Gegenteil, es soll ein aus Expertinnen und Experten gegründetes Gremium eingesetzt werden und die administrative Abwicklung soll vom Referat Frauen und Gleichstellung übernommen werden. Zur konkreten Fragestellung muss ich festhalten, dass es einfach nicht sinnvoll ist, dem Grazer Frauenrat eine Förderung zu geben, damit dieser dann wiederum eine Expertin beauftragt, da kann die finanzielle Abwicklung also gleich direkt erfolgen. Mir ist es wichtig, dass die Watchgroup gegen sexistische Werbung dass es die gibt, dass es die auch weiterhin gibt, dass die weiter gut arbeiten kann und Diskussionen darüber, wem die Watchgroup gehört, sind aus meiner Sicht kontraproduktiv (*Applaus SPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Thomüller**: Danke für die Beantwortung, einiges habe ich davon jetzt nicht so mitbekommen. Also Sie haben gesagt, die Frau Ina Mastnak wird weiter beschäftigt und kann diesen Job auch weiter machen, weil sie macht das wirklich sehr gut und ist

sehr gut vernetzt. Die Förderungen sind sehr gering, deswegen frage ich mich, warum man das nicht leisten kann und die Frage bleibt trotzdem bestehen, wie wollen Sie die Unabhängigkeit gewährleisten, damit die Watchgroup in Graz nicht wird, wie sie in Linz geworden ist und dann oft gerne mundtot gemacht wird und das ist die Gefahr, die besteht, die ich sehe. Und da ist die Frage, wie wollen Sie das gewährleisten, dass die Watchgroup unabhängig ist?

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Wie gesagt ist die Administration der Watchgroup in anderen Städten auch bei der Verwaltung angedockt. Die Unabhängigkeit ist selbstverständlich bei dieser Watchgroup, wie soll ich da politisch hineinintervenieren, warum sollte das auch mein Interesse sein? Es geht darum, Sexismus in der Werbung aufzudecken, zu thematisieren und zu bekämpfen und dafür zu sorgen, dass es im öffentlichen Raum und in der Werbung weniger Sexismus gibt, also wo sollte ich da politischen Einfluss darauf nehmen, dass da irgendwas in die falsche Richtung geht? In Wien war es ja so, dass es wegen Befangenheit an die Grazer KollegInnen herangetragen wurde, dort war ja ein Wahlplakat der Grünen Fraktionen, das dann als sexistisch bewertet wurde und in Wien hat man beschlossen, man möchte das aus Befangenheit heraus nicht machen, nicht weil man nicht unabhängig ist. Da muss man schon sehr genau differenzieren (*Applaus SPÖ*).

***Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Schröck übernimmt um 13.15 Uhr den Vorsitz.***

#### **4) Asylsituation in Graz – Maßnahmen**

GR. Mag. **Sippel** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Nachdem im Zuge unserer Forderung nach einem Sondergemeinderat zu diesem Thema, und ich interpretiere es jetzt einmal so, du, das oberste Gremium der Stadt Graz, den Grazer Gemeinderat als Quatschbude abqualifiziert hast, erlauben wir uns heute trotzdem, das Thema Asyl schwerpunktmäßig auch hier herinnen zu thematisieren, weshalb in weiterer Folge auch meine Kollegen aus dem freiheitlichen Klub die anderen Stadtsenatsreferenten in ihren Ressortbereichen auch fragen werden.

Die gegenwärtigen Entwicklungen machen auch natürlich vor der Stadt Graz nicht halt, wir stehen vor zahlreichen Problemen. Die mediale Berichterstattung hat sich hauptsächlich bisher um die Themen der logistischen Seite angenommen, da ist es lediglich darum gegangen, wie bringen wir die Flüchtlinge unter, wie transportieren wir sie und wie können wir sie medizinisch versorgen. Die Fragen der Bevölkerung, die wirklich brennenden Fragen, sind kaum angegangen worden, sind kaum bisher beantwortet worden. Ein besonderes Beispiel ist da auch der Landeshauptmann Schützenhöfer, der gesagt hat, naja wir brauchen uns keine Sorgen machen, im weinerlichen Ton, das Boot ist lange noch nicht voll. Also ich würde mir schon wünschen vom Herrn Landeshauptmann, dass er sich dieser Sache ernsthaft annimmt, hier nicht weinerlich Krokodilstränen vergießt, den Beschwichtigungshofrat gibt, ich würde mir vorstellen und ich würde mir wünschen, dass er sich ein bisschen auf die Hinterläufe stellt und einmal röhrt in dieser Angelegenheit. Es gibt Fragen, die die Bevölkerung wirklich brennend interessieren und das werden wir heute auch noch bei vielen Initiativen, ich habe es erwähnt, auch hier in dem Gemeinderat ansprechen. Die Frage an dich ist, wie schaut es mit der inneren Sicherheit, wie schaut es mit der Sicherheit der Stadt Graz in dieser Frage aus?

Und deshalb die

## **F r a g e ,**

ob du mit den Sicherheitsbehörden hinsichtlich dieser Fragen, die deinen Wirkungsbereich auch betreffen, in regelmäßigem Kontakt stehst und ob du die Anregungen der Sicherheitsbehörden auch berücksichtigst (*Applaus FPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Klubobmann! Ich fange bei deinem Eingangsstatement an und es ist mir wichtig, dass wir das klarstellen. Wenn mir die freiheitliche Fraktion über die Zeitung ausrichtet, dass sie einen Sondergemeinderat beantragen wollen, dann frage ich selbstverständlich alle übrigen Fraktionen, was sie denn von diesem Antrag halten würden, weil er braucht ja auch eine gewisse Anzahl von Gemeinderatsmitgliedern und mir haben die Vorsitzenden der Fraktionen relativ schnell auch das mitgeteilt, was ich euch über die Zeitung dann habe mitteilen müssen. Es gibt manchmal einen ganz, ganz dringenden Handlungsbedarf und da waren viele in der Stadtregierung hilfreich, wir haben fast alle gemeinsam an einem Strang gezogen und haben versucht mit der Situation umzugehen und ich habe gesagt, es ist jetzt nicht die Zeit zum Quatschen, habe aber damit nicht den Gemeinderat gemeint, sondern jene, die bislang sehr, sehr wenig beigetragen haben hier vor Ort, auch in Graz, wirklich Lösungen zu bringen. Du stellst mir hier auch eine Sicherheitsfrage und ich möchte dir, geschätzter Herr Klubobmann, sagen, wir haben extra einen Sicherheitsstadtrat eingesetzt und ein dazugehöriges Referat geschaffen. Die Frage geht also im Prinzip statutarisch an die falsche Adresse, denn eigentlich sollten wir von deinem Parteiobmann endlich einmal ein paar konstruktive Vorschläge hören. Nachdem wir auch die Gelegenheit benutzt haben, in der Woche, in dem das auch medial vorgekommen ist, im Stadtsenat darüber zu reden und in der Stadtregierung, möchte ich darauf hin weisen, dass der Herr Sicherheitsstadtrat Mario Eustacchio gesagt hat, er meldet sich einmal zu Wort, damit es nachher nicht heißt, er hätte dazu nichts gesagt. Auf die konkrete Frage des Herrn

Stadtrates Kurt Hohensinner, was er denn für Vorschläge machen würde, hat er uns eigentlich dort mitgeteilt, dass er keine Vorschläge machen braucht. Jetzt reden wir über die Inhalte und über das, was notwendig ist und es wird auch nicht gelingen, jetzt so die Rolle zu spielen, da wollen im Rathaus vom Bürgermeister vielleicht abwärts einige Personen über das Thema gar nicht reden und ein paar Fragen nicht beantworten. Wir arbeiten nur dran, Fragen zu beantworten und auch vieles richtigzustellen, was in der medialen Berichterstattung fast panikartig in den letzten Wochen, muss man schon fast sagen, eineinhalb Monate täglich über uns hinwegbraust. Es wird diesbezüglich auch, und ich sage das gleich dazu, weil ich den Abdruck schon habe, selbstverständlich auch in unserem eigenen Medium, in der BIG, einen Sonderbericht darüber geben. Ich freue mich heute auch schon auf die Beantwortung der Fragen im dringlichen Antrag, weil ich glaube, ich kann viel dazu sagen, weil ich mich gemeinsam mit der Frau Vizebürgermeisterin, mit meinen Stadtsenatskollegen abstimme und wir gut unterwegs sind, um Problemlösungen vor Ort zustande zu bringen. Jetzt kommt ein wichtiger Punkt. Die Sorge von vielen Menschen ist da aufgrund der jetzigen Berichterstattung auch etwas ganz Natürliches. Jeder von uns hat eine Sorge und ich freue mich ja, dass ihr euch mitsorgt um die Menschen in der Welt, nur die Art und Weise, wie ihr das hier behandeln wollt, da trennen uns ein bisschen die Wege. Erstens, wir auf Gemeinderatsebene und auf Regierungsebene können die Probleme in den Kriegsländern leider nicht lösen, dazu braucht es die Vereinten Nationen, dazu braucht es Großmächte und ich hoffe, dass die bald einmal die richtigen Handlungen setzen. Zweitens gibt es rundherum Flüchtlingsquartiere und Lager in benachbarten Ländern, die von der UNHCR versorgt werden müssten mit Geld. Und das ist das wirkliche Drama, dass es dieses Europa und die Staatengemeinschaft nicht geschafft hat, diese rund drei Milliarden Euro, die sie jedes Jahr für Flüchtlingslager brauchen, auf die Beine zu stellen. Selbst die eine Milliarde, die man jetzt quasi schon beschlossen hat, ist bis heute dort nicht aufgetaucht und nicht einbezahlt worden, das heißt, dass die Menschen in diesen Ländern von der Türkei bis in unmittelbar angrenzende Länder dort untergebracht

sind, keine Verpflegung, vor allem auch kein Essen mehr bekommen, was noch mehr Menschen, wenn ich so sagen darf, dazu bewegen wird, aufzubrechen und zu schauen, ob ihnen irgendjemand auf dieser Welt hilft. Also jetzt gehen wir das jetzt einmal stufenartig ein bisschen an. Die Frau Kanzlerin Merkel hat gesagt, dass Deutschland bereit ist aufzunehmen und sie haben es bis zum heutigen Tag aus meiner Sicht in einer unglaublichen Dimension auch bewerkstelligt. Ich komme jetzt zu den Fakten und Zahlen, weil es geht ja immer um Sicherheit und es ist vielleicht heute ein guter Tag, einmal allen Grazerinnen und Grazern auch mittels unserer anwesenden Medien zu sagen, dass es schon peinlich genug ist, dass wir eine Solidaritätskrise in der EU haben und weniger die Flüchtlingskrise. Diese Solidaritätskrise lässt sich leicht erklären. Diese Europäische Union hat 507 Millionen Bewohnerinnen und Bewohner, selbst wenn diese Europäische Union bereit wäre, fünf Millionen aufzunehmen, und redet immer nur von Hunderttausenden, wäre das nicht einmal ein Prozent der Bevölkerung der Europäischen Union. Solidarität ist aber, wie gesagt, in vielen Ländern auch nicht gegeben, leider Gottes auch von vielen Ländern, die auch eine Solidarität des Westens, wenn ich so sagen darf, damals in Anspruch genommen haben und heute nicht so leben wollen. Jetzt kommen wir zu den Fakten in Graz. Graz hat derzeit AsylwerberInnen 1.600, das entspricht im Übrigen nur um eine Steigerung gegenüber dem Jahr 2014 um 250 Personen. Also wir haben im Moment vom Asylstatus her 250 Menschen mehr als im vergangenen Jahr. Wir bringen derzeit Transitflüchtlinge unter bis zu 1.500, so war es auch mit dem Innenministerium ausgemacht, und selbstverständlich sind wir ununterbrochen mit Polizei, mit Sicherheitsorganen, mit dem Innenministerium in Verbindung und arbeiten mit dem Land als Stadt Graz gut gemeinsam zusammen, das war die wesentlichste Frage, das tun wir. Diese 1.500 Plätze, die wir zuerst bei unserer Messe auf die Beine gestellt haben, aufgrund der Veranstaltungen auf der Messe aber dann übersiedelt haben zum Praktika-Markt, hat 1.500 Plätze, wir haben da viel verändert, damit das auch noch besser alles abgewickelt werden kann, auch hier heutiges Gespräch mit dem zuständigen Landespolizeikommandanten Komericky, der diese Arbeit auch hervorragend im Moment gerade macht und abwickelt, kam es

bislang zu keinem einzigen Polizeieinsatz in der Landeshauptstadt Graz, zu keinen Übergriffen oder sonstigen Dingen. Ich habe euch eingeladen, entweder an der Grenze Dienst zu tun oder direkt uns mitzuhelfen, das habe ich gemeint, auch lieber anpacken statt jetzt nur große Reden schwingen, noch dazu, wenn man nie einen Vorschlag auch dazu von eurer Seite bis heute bekommen hat. Dieses Quartier wird mit heutigem Tag, hat so gut wie keine Transitflüchtlinge, wir haben zurzeit, glaube ich, jetzt 50 Personen, die gerade unten untergebracht werden, das heißt, man kann in Summe in Sorge sein über das, was noch kommen könnte, aber eine genaue Zahl darüber existiert noch nicht. Ich möchte auch zum Thema der Asylanträge etwas sagen. In den vergangenen Jahren, das waren auch die durchschnittliche Rate des letzten Jahrzehnts, Asylantrag in Österreich gab es vergangenes Jahr 28.027, positiv entschieden wurden 7.000. Ist ganz, ganz wichtig, die positiv entschiedenen Asylanträge der letzten zehn Jahre in Österreich waren 40.000 plus 17.000 subsidiär Schutzbefohlene. Also ich kann im Moment die großen Berichterstattungen über den Gesamtflüchtlingsstrom sehr, sehr schwer nachvollziehen, wenn es um unser Land geht, man hat manchmal den Eindruck, als würden in unserem Land in jedem Vorgarten schon Flüchtlinge mit Zelten campieren. In Wahrheit haben wir 250 Asylwerber mehr und haben es, glaube ich, sehr ordentlich von der Gesundheitsversorgung, von der Bekleidung mit vielen Helfern, dankeschön an dieser Stelle an die Polizei, danke an das Rote Kreuz, danke an die Caritasmitarbeiter und alle, die mitgeholfen haben, die sollten sich hier im Hause einmal einen großen Applaus abholen (*allgemeiner Applaus*). Den Rest, weil das rote Lämpchen so leuchtet, sage ich dir bei der Zusatzfrage.

GR. Mag. **Sippel**: Nur ganz kurz, diese Erwähnung Kompetenzen des Bürgermeister, ich meine, über das können wir lange diskutieren, welche Kompetenzen der Bürgermeister hat und welcher der Sicherheitsstadtrat nicht hat. Also ich bin überzeugt davon, wenn das nicht nur ein Titel ohne Mittel, wäre Sicherheitsstadtrat, und wenn Mario Eustacchio hier auch mehr Kompetenzen hätte, dann würde die Situation mit

Sicherheit in Graz besser sein (*Applaus FPÖ*). Und was die Zahlen betrifft, das ist natürlich schön, die kann man hier auch auf den Tisch legen, ich bin mir nur sicher und wir können das auch oder wir müssen es leider erwarten und wir können davon ausgehen, wenn sich die Situation ändert an den Grenzen zu Deutschland, wenn Deutschland die Grenzen dicht macht, dann sind diese Zahlen sowieso mit einem Schlag über den Haufen geworfen, dann gilt es, wirklich zu schauen, ob die Vorsorge diesbezüglich getroffen ist und dann müssen wir uns überlegen, ob da nicht wirklich in Graz ein Zustand eintritt, der...

***Zwischenruf StR.<sup>in</sup> Rücker unverständlich.***

GR. Mag. **Sippel**: Sie werden mir sicher nicht das Versagen, ...ich komme gleich dazu, weil dieser Einwurf... nicht das jahrelange Versagen in der Asylpolitik irgendwie hier zur Verantwortung machen. Also das ist völlig daneben, da jetzt die FPÖ zur Verantwortung zu ziehen, diese Lösungen, die sind bitte von denen auch auf den Tisch zu legen, die hier in der Verantwortung sind und nicht Lösungen von der FPÖ erwarten, wir haben jahrelang darauf hingewiesen über die Missstände, wenn man auf uns gehört hätte, wäre das mit Sicherheit anders, aber jetzt nicht das Versagen auf die anderen abschieben, also da machen Sie sich es ein bisschen zu leicht. Zusatzfrage, ich glaube, wir alle haben eine Legitimation erfahren, ganz egal, ob Gemeinderat, Stadtsenatsreferent oder auch Bürgermeister, eine Legitimation erfahren durch den Wähler, durch den Grazer, auch der EU-Bürger, der wahlberechtigt ist auf der kommunalen Ebene und meine Frage wirklich an dich, Herr Bürgermeister, bist du bereit, zukünftig in erster Linie für die Grazer zu arbeiten (*Applaus FPÖ*)?



Bgm. Mag. **Nagl**: Es ist schon fast traurig, wie du da formulierst, wie du auch ins Stottern gerätst bei diesem Thema. Wer ist denn Grazerin und wer ist Grazer? Fangt schon wieder damit an, dass es da herüben ein paar gibt und da drüben ein paar gibt. Ich kann dir empfehlen, geh zu Christoph Schell, schaue dir von Oskar Stocker die Ausstellung an, ist ganz gut, wenn man reingeht einmal in diese Zäune, gestern haben wir sie eröffnet, beim Schlüsselmuseum wieder ein Kunstprojekt, einmal zu schauen, ob nicht die Menschen, die ununterbrochen glauben, Zäune zu errichten, der Herr Orban kann es ja rundherum tun, nur wird er irgendwann einmal feststellen, dass er eingesperrt ist. Und ich sage das schon sehr deutlich, wir hier herinnen arbeiten für die Grazerinnen und Grazer, unser Aufgabengebiet ist hier und ich erwarte mir von allen in der Regierung, auch von einem Sicherheitsstadtrat, dass er sich nicht darüber beklagt, ob er irgendwelche Kompetenzen nicht hat, die habe ich auch oft nicht, sondern ich erwarte mir, dass wir für die Menschen, die da sind und die uns anbefohlen sind an dem Tag, wo sie halt da landen, wo sie um zwei Uhr in der Früh kleine Kinder aus den Bussen heben, die an Durchfall erkrankt sind, die total erschöpft sind, dass dann wer da ist, um ihnen Nahrung, Schutz und Kleidung zu geben (*Applaus ÖVP, KPÖ, SPÖ und Grüne*). Und da möchte ich diese Debatten nicht ununterbrochen hören und jetzt aus der Geschichtsstunde etwas, jetzt fange ich sehr weit hinten an.

***Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Geschichtsstunde.***

Bgm. Mag. **Nagl**: 476 vor Christus, ich glaube, dass das jetzt wichtig ist und ich möchte schon einmal deutlich sagen, weil ich die Sorgen verstehen, kann aber aus dieser Sorge nur politisches Kapital schlagen zu wollen, ohne einen einzigen Lösungsvorschlag, das

gefällt mir nicht und deswegen erzähle ich jetzt etwas und da bitte ich auch die Journalisten, die heute da sind, mir dabei zuzuhören, weil das ein wichtiges Thema heute ist, weil ihr selber den gleichen Druck verspürt, den wir alle da haben. Sokrates 476, glaube ich, vor Christus geboren, hat uns als Vater der Philosophie eine schöne Geschichte mitgegeben, die von Platon, seinem Schüler, dann wenigstens aufgezeichnet wurde, deswegen gibt es sie noch und da ging es darum, dass jemand zu ihm kommt und sagt, ich muss dir dringend was sagen. Also die Wirtshaustisch-Situation der heutigen Zeit. Ich muss dir dringend was sagen. Und Sokrates sagt, halte ein, bevor du mir das sagst, prüfe es durch deine drei Siebe. Dann sagt er, welche drei Siebe? Das erste Sieb, würde ich dir einmal empfehlen, ist das Sieb der Wahrheit. Ist das, was du mir sagen willst, überhaupt wahr? Und der sagt, das weiß ich nicht, ich habe es ja auch gerade erst erzählt gekriegt. Sagt er, gut dann prüfen wir es durch das zweite Sieb. Ist das, was du mir sagen willst, gut? Sagt er, nein, das was ich dir da sagen will ist nicht sonderlich gut. Sagt er, drittes Sieb: Muss ich das überhaupt wissen? Es ist das einzige Sieb, das ist jetzt einmal zulassen würde, wenn ich so sagen darf, weil die meisten Dinge, über die wir reden, sind irgendwo entstanden. Ich glaube, dass wir heute auch debattieren werden, dass ja in Deutschland in einem Flüchtlingsheim leider Gottes muslimische Flüchtlinge auf christliche Flüchtlinge losgegangen sind. Ich habe so einen Fall in Graz bis zum heutigen Tag wahrheitsgemäß noch nicht auf den Tisch bekommen, ich kann nur eine Geschichte weitererzählen und auf alle wieder, wenn ich so sagen darf, auf alle umlegen, was aber unfair und ungerecht ist und ihr wollt ja wissen, wie viele sind es und sind wir vorbereitet für den Fall, dass Grenzen dicht gemacht werden und andere uns die Flüchtlinge auch bis Graz quasi in einen Flaschenhals schicken oder nach Österreich? Das wissen wir heute nicht. Im Moment schaut es so aus, dass Schengen-Außengrenzen Serbien etc. vielleicht in Summe ein System schafft, wir wissen, dass die Bundesregierung beschlossen hat, von dem derzeit halben Prozent, das bei uns wirklich als Asylwerber lebt, auf maximal zwanghaft verpflichtend eineinhalb Prozent kommen kann, das kann sich jeder ausrechnen, das sind 4.200 Personen in Graz, die kämen dann in Summe raus. Wir sind mit dem Land

Steiermark, mit der Frau Landesrätin in guten Gesprächen und sammeln jetzt Quartiere für den Fall, dass das eintreten sollte, werden wir Menschen unterbringen können, die brauchen wir jetzt gar nicht anfüllen, weil wir diese Personen gar nicht haben, sondern nur weiterbringen. Das heißt, wir bereiten uns auf diesen Ernstfall vor. Wie es genau ausschauen wird, kann überhaupt noch keiner prognostizieren. Es gibt eine Prognose, die möchte ich da sagen, weil wir gar nicht wissen, wie....

*Zwischenruf GR. Mag. Sippel unverständlich.*

Bgm. Mag. **Nagl**: 100.000 für das nächste Jahr, so, aber ob die wirklich kommen werden, ob eine solche Prognose wirklich stimmt, das ist ja eine Prognose aufgrund der jetzigen Zahlen mit der Dimension, dass alle durchdürfen und bis Deutschland oder weiterkönnen. Es ist in dieser Prognose noch nicht einberechnet, wie die Europäische Union unter Umständen Verteilungsschlüssel, ich glaube, mit 150.000 oder 160.000 ist ja was ausgemacht worden, diese aufnehmen wird. Und das, was ich mit der Geschichte erzählen wollte, bitte versuchen wir im Moment bei den Fakten zu bleiben. 250 Personen im Moment mehr in Graz als im vergangenen Jahr. Alle, die durchgereist sind, von uns, glaube ich, wirklich großartig behandelt und auch an den Bestimmungsort, an den sie wollten, auch weitergeschickt worden und die Panikmache bringt uns jetzt gar nichts. Vorbereiten tun wir was und da lade ich zur Mitarbeit ein und wenn ihr Ideen habt, die nicht nur aus Ausgrenzen und Zäune bestehen, sondern auch in der Aufgabe liegen oder Lösungsvorschläge für die Aufgabe, die wir hier haben sind, dann sind wir gerne bereit, diese aufzunehmen, da haben wir heute noch genügend Gelegenheit, im Zuge des dringlichen Antrages drüber zu debattieren, was eure Ideen sind, wenn Menschen wirklich bei uns landen, wenn sie dann tatsächlich da

sein sollten. Wir bereiten uns vor und wir haben versucht, Quartiere zu finden, viele Menschen wollen sie bereitstellen, die wundern sich, wieso wir sie noch nicht genommen haben. Die brauchen wir erst, wenn sie wirklich da sein sollten, aber das weiß heute noch niemand und viel wichtiger wäre mir, dass wir auch aus Österreich oder aus der Europäischen Union und der Staatengemeinschaft das Geld in die Hand nehmen, das die Menschen jetzt da unten brauchen, damit sie Kleidung, Nahrung und einen Schutz bekommen. Die Jahreszeit wird jetzt katastrophal werden, wenn viele Menschen da sind, da wird sich das Flüchtlingsdrama, wenn ich so sagen darf, dann nur verstärken. Ich glaube, wir machen unsere Arbeit, und zum Thema Sicherheit kann ich momentan nur das weitergeben, was wir bislang in allen Sicherheitskreisen erörtert haben und was mir der Herr Landespolizeikommandant, der Stellvertreter Komericky, heute gesagt hat, keine Vorkommnisse, kein Grund, um sich heute Sorgen zu machen. Was die Zukunft bringt, müssen wir lösen, vorbereiten tun wir uns drauf, da wird ja auch die Frage von euch kommen, inwieweit Sicherheitskräfte da geplant sind, das werde ich dann beim dringlichen Antrag gerne beantworten und wir werden das natürlich dann auch alles auf die Homepage stellen (*Applaus ÖVP, KPÖ, SPÖ und Grüne*).

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.35 Uhr den Vorsitz.***

### **5) Einhaltung der Leitlinien für BürgerInnen-Beteiligung**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Gerhard! Wir haben seit Beginn dieses Jahres die Leitlinien für BürgerInnenbeteiligung der Stadt Graz in Kraft, wir sind in einer Testphase, es hat bereits einige Anregungen gegeben,

unter anderem eine Anregung der BürgerInneninitiative „Unser Griesplatz“ im Juni dieses Jahrs zur geplanten BürgerInnenbeteiligung Neugestaltung Griesplatz, unterstützt vom MigrantInnenbeirat, unterstützt von 13 Gemeinderätinnen und Gemeinderäten beziehungsweise auch mit Unterschriften der BürgerInneninitiative. Damals muss man ehrlich sagen, leider auf einem Formular, das nicht von der Web-Site heruntergeladen wurde, aber trotzdem war der Wille ganz klar erkennbar.

Diese Leitlinien sehen bekanntlich vor, dass das zuständige Stadtsenatsmitglied beziehungsweise die Stadtsenatsmitglieder innerhalb von vier Wochen zu einem persönlichen Termin, zu einem Austausch mit den Anregerinnen und Anregern einladen. So hat dieser Termin am 14. September auch mit einem Referenten vom Herrn Bürgermeister stattgefunden und es wird auch eine schriftliche Stellungnahme in den nächsten Tagen an die AnregerInnen zugehen. Weiters hätte auch ein Termin mit dem zweiten zuständigen Stadtsenatsreferenten, nämlich unserem Verkehrsstadtrat Herrn Stadtrat Eustacchio, stattfinden sollen, der allerdings einen Termin mit den AnregerInnen auf Nachfrage durch das Referat für BürgerInnenbeteiligung abgelehnt hat mit dem Hinweis, dass man bereits beschlossene Gemeinderatsstücke, dass es da keine Diskussion, also dass er nicht gewillt ist, diesen Gesprächstermin anzubieten.

Daher stelle ich an dich folgende

### **Frage:**

Was gedenken Sie zu tun, damit die in den Grazer Leitlinien für BürgerInnenbeteiligung festgelegte Behandlung von Anregungen durch Stadtsenatsmitglieder eingehalten wird (*Applaus Grüne*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Zunächst einmal die Wiederholung der Nachricht vom Büro Stadtrat Mario Eustacchio. In diesem Schreiben an das BürgerInnenbüro wurde mitgeteilt, dass kein Gesprächstermin mit den AnregerInnen angeboten wird. Begründet wurde dieses in diesem Mail damit, dass es nicht sinnvoll sei, Themenstellungen zu diskutieren, die bereits vom Gemeinderat beschlossen wurden. Vor diesem Hintergrund wäre die Frage betreffend Einhaltung der Leitlinien aus den Reihen des Gemeinderates wohl zielgerichteter direkt an das Mitglied der Stadtregierung gerichtet worden, das von der vorgegebenen Anregungsbehandlung abgewichen ist. Der Gemeinderat hat nämlich im Mai 2014 beschlossen, die Leitlinien in der vorliegenden Form 2015 zu erproben. Die Leitlinien für BürgerInnenbeteiligung in Graz haben nach Beschlussfassung durch den Gemeinderat die Qualität und Verbindlichkeit einer Weisung des Gemeinderates an alle Organe der Stadt. Die Frage an mich ist sozusagen vor dem Hintergrund her einer Machtlosigkeit zu sehen. Was soll ich machen, wenn der Gemeinderat eine Weisung in diesem Fall für die Behandlung von Anregungen trifft und das entsprechende Stadtsenatsmitglied Mario Eustacchio, übrigens nicht zum ersten Mal, negiert eine derartige Weisung und erfüllt sie nicht? Da denke ich, sind meine Möglichkeiten als für die Bürgerbeteiligung zuständiger Stadtsenat wohl beschränkt und ich sehe da von meiner Seite aus keine Möglichkeit.

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Im November findet ja der erste Evaluierungstermin statt der Leitlinien und ich glaube, dass es irrsinnig wichtig ist, dass auch eine politische Diskussion, das heißt, mit dem zuständigen Stadtsenatsmitglied stattfindet und meine Zusatzfrage ist an dich, ob du trotz deiner Machtlosigkeit bereit bist, dass wir gemeinsam daran arbeiten, dass wir auch diese politische Diskussion sicherstellen für die Anregerinnen und Anreger von BürgerInnenbeteiligung.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Das ist überhaupt keine Frage, selbstverständlich bin ich da bereit mitzumachen, auch sehr aktiv mitzumachen. Aber ich wollte das einfach einmal hier klarlegen auf diese Frage, wenn eben der Stadtrat Mario Eustacchio das nicht akzeptiert, was im Gemeinderat beschlossen wird, dann muss man das politisch werten und kann auch durchaus politisch ausgewertet werden. Es wird wahrscheinlich auch erfolgen, aber es ist wohl klar, dass ich da keine... über diese politische Diskussion hinaus keine weiteren Möglichkeiten habe.

Bgm. Mag. **Nagl**: Geben Sie mir die Gelegenheit bitte, nur kurz die Fragestunde zu unterbrechen, weil es heute gilt, jemanden für viele, viele Jahre auch im Magistratsdienst danke zu sagen, weil er in den wohlverdienten Ruhestand treten wird und das ist Mag. Manfred Mohab, der im September 1947 in Graz geboren wurde. Nach der Hauptschule hat er auch die Höhere Technische Bundeslehranstalt für Maschinenbau und Elektrotechnik, Abteilung Hochfrequenz und Nachrichtentechnik, absolviert. Am 1.7.1966 bis 1969 war er dann beim Präsenzdienst, danach hat er Betriebswirtschaft in Graz studiert. Vom 15. Juni 1976 bis zum 30.11.1977 Vertragsbediensteter beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 1980 hat er die Dienstprüfung für Beamte der Allgemeinen Verwaltung in der Verwendungsgruppe A Höherer Wirtschaftsdienst absolviert. Ab 1.12.1995 dann pragmatisierter Beamter der Landesregierung. Dort hat er die Rechtsabteilung-Finanzabteilung, die Personalstelle der Arbeiter geleitet. Er war bei der Organisationsentwicklung vorbereitend für die Informationsverarbeitung im EDV-Bereich beschäftigt, verfasste zig Gutachten über sanierungs- und förderungswürdige Firmen für eine Landeshaftung. War damals schon Landesgruppenleiter des Verbandes Österreichischer Wirtschaftsakademiker, einer überparteilichen Interessensvertretung der Wirtschaftsakademiker, ist heute noch Aufsichtsrat im VÖWA.

Vom 14.9.1995 auf fünf Jahre bei uns zum Amtsleiter des Steueramtes bestellt, Dienstbeginn war der 15. November 1995, damals noch mit dem Parkgebührenreferat und 104 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich kann mich noch gut erinnern, als er dann das Thema der Zertifizierung auch mit mir als Stadtrat in seinem Bereich umgesetzt hat, 2004 wurde er neben seiner Amtsleitertätigkeit in der damaligen Abteilung für Steuern und Abgaben für einige Monate mit der kaufmännischen und innerdienstlichen Leitung sogar des Stadtmuseums betraut.

Ich und wir alle möchten uns bei dir für diese vielen, vielen Jahre der Zusammenarbeit ganz, ganz aufrichtig bedanken, wünschen dir für die kommenden Jahre die wichtigsten Dinge: Gesundheit, viel Lebensfreude, der Herrgott soll gut auf dich aufpassen und ich darf dir auch heute das Geschenk überreichen, das ich allen



überreiche, du hast auch ein bisschen mitgeschrieben an der Geschichte der Stadt Graz. Wir danken dir aufrichtig für deinen Dienst und wünschen dir alles, alles Gute (*allgemeiner Applaus*).

Was ich noch vergessen habe zu sagen, er war ja nicht nur im Verwaltungsdienst, er hat ja auch sich immer in die Bezirkspolitik intensiv eingebracht, auch dafür ein Dankeschön (*allgemeiner Applaus*).

## Fragestunde des Gemeinderates

### 6) Überwachung der Lärmpegelüberschreitungen bei Veranstaltungen

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Schimautz** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Schimautz**: Sehr geehrte Damen und Herren, werter Herr Stadtrat Eustacchio! Wir haben in der Stadt Graz vermehrt mit Beschwerden zur Lärmsituation zu kämpfen, ganz besonders betroffen ist da natürlich der Bezirk Jakomini, der mit der Grazer Messe und mit dem Augartenpark besondere Veranstaltungsorte natürlich hat, die sehr stark frequentiert sind. Ich darf als Beispiel das Nuke Festival herausgreifen, wo man, wenn man dort dabei war, in einem Kilometer Entfernung noch immer das Gefühl hatte, mitten in der Diskothek zu stehen und da kommt es natürlich gehäuft zu Beschwerden der Bevölkerung. Das heißt, ich habe dort auch als angrenzender Gemeinderat viele Beschwerden am Telefon entgegengenommen, mir haben die Leute berichtet, dass sie Anzeige bei der Polizei erstattet haben. Ich habe persönlich dann auch bei der Polizei nachgefragt, wie damit umgegangen wird und die Polizei hat dann berichtet, dass sie diesen Beschwerden nicht nachgehen können. Das hat nämlich zwei Gründe. Einerseits hat die Polizei kein Lärmpegelmessgerät, ich kann da zumindest für die Polizeistation Jakomini sprechen, die sagt, sie kann die im Bescheid angeführten Lärmpegelbegrenzungen auch nicht kontrollieren, weil dieses Gerät nicht vorhanden ist und zweitens liegt ja oft für die gegebenen Veranstaltungen bei der lokalen Polizei noch kein Bescheid vor, weil der über die Bundespolizei zur Bezirkspolizei, zur lokalen Polizei dann übermittelt wird, aber meist auch erst nach der Veranstaltung einlagt. Das heißt, jegliche Anzeigen der Bevölkerung werden damit nicht berücksichtigt und verlaufen ins Leere.

Meine

## **F r a g e**

an Sie, Herr Stadtrat, wäre, inwieweit Sie da Ideen, Lösungsvorschläge haben, um dieses Problem in den Griff zu bekommen und uns das auch im Bezirk ermöglichen, den jeweiligen Personen, der Bevölkerung auch eine ordentliche Rückmeldung zu geben, wie es mit der Lärmsituation bestellt, ob das jetzt ordnungsgemäß dem Bescheid entsprechend auch eingehalten wurde.

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Gemeinderat, natürlich haben Sie vollkommen Recht mit der Anfrage, wir haben alle die Beschallung heuer oder alle, die in Graz waren, miterleben dürfen, ganz egal, wo man war. Auf der einen Seite sind wir natürlich froh, wenn es Veranstaltungen gibt und damit Menschen nach Graz kommen und hier dieses Flair genießen. Auf der anderen Seite müssen wir auf die Wohnbevölkerung Rücksicht nehmen und in dieser Zwickmühle sind wir alle. Aber vielleicht zuerst vorweg bezüglich der Bescheide. Bescheide werden immer nach Sichtung und Bearbeitung aller erforderlichen Unterlagen an die zuständige Landespolizeidirektion übergeben, die von Ihnen angesprochene verspätete Übermittlung ist nicht der Arbeitsweise des Verwaltungsreferates geschuldet, sondern ist von der rechtzeitigen Einreichung sämtlicher Unterlagen durch den Veranstalter abhängig. Das ist einmal das Erste. Auch wenn die Bescheide des Veranstaltungsreferates der Stadt Graz wegen des oben genannten Grundes oft sehr spät an die Landespolizeidirektion übermittelt werden, kommen diese doch immer zeitgerecht zu den zuständigen Polizeiinspektionen. Da die Bediensteten des Veranstaltungsreferates nahezu papierlos arbeiten, elektronischer Akt sei angemerkt, und Genehmigungen ebenfalls elektronisch versandt werden, ist auch der zeitliche Ablauf eines Genehmigungsverfahrens nachvollziehbar, da hier ganz klar ersichtlich ist, wann welche Unterlagen zu einer Veranstaltung vom Veranstalter eingebracht wurden beziehungsweise dann übersandt wurden. Es ist bekannt, dass die

Landespolizeidirektion, obwohl per Veranstaltungsgesetz als Überwachungsbehörde zuständig, mangels entsprechender Messgeräte keine Kontrollen vorgeschriebener Schallgrenzwerte durchführt. Sie haben es selber schon gesagt, die haben keine Geräte, sie haben überhaupt kein Gerät, also in ganz Graz nicht. Da sieht man wieder, wie absurd oft auch Gesetzgebungen sind, wenn also die Möglichkeit dann gar nicht da ist. Es erfolgen daher auch gelegentliche Stichproben durch das Veranstaltungsreferat, da die Bau- und Anlagenbehörde, zu der dieses Referat gehört, ein Schallmessgerät besitzt. Wenn dabei Übertretungen festgestellt werden, ergeht ein entsprechender Bericht an die Strafbehörde, also an die Landespolizeidirektion. Anzumerken wäre hier, das zur Verfügung stehende Messgerät nur die Lautstärke an sich messen kann, nicht jedoch die Messung von Bässen, und in dem Fall kommen also diese Bässe immer zum Tragen. Eine flächendeckende Überprüfung aller stattfindenden Veranstaltungen ist aber aufgrund der Anzahl, und 5.500 Veranstaltungen im Jahr 2014 waren es, mit nur drei Referenten, die dem Referat zur Verfügung stehen, nicht machbar. Das Veranstaltungsreferat und ich versuchen das zu beantworten, was machen wir? Das Veranstaltungsreferat ist sich dieser Problematik natürlich bewusst und wird jetzt auch Kontakt aufnehmen zu anderen Städten, wo ja die Problemstellung natürlich eine gleiche, eine ähnliche sein wird und einmal dort schauen, was gibt es dort für Best-Practice-Beispiele und was kann man davon nach Graz übernehmen. Also wir haben auf der einen Seite die Polizei, die zuständig ist, aber keine Messgeräte hat, Strafen müsste und auf der anderen Seite sind wir natürlich personell für so eine große Anforderung an Veranstaltungen nicht gerüstet. Wäre auch absurd, dort jetzt einen besonderen hohen Stab an Mitarbeitern aufzunehmen, die nur das tun, das ist so die aktuelle Situation (*Applaus FPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Schimautz**: Die Frage ist natürlich, die erste, die sich aus der Antwort ergibt: Warum die Polizei da auch die Überprüfung vornehmen sollte und keine Geräte

hat? Also da würde ich Sie definitiv auch bitten, in diese Richtung das auch zu forcieren und zu urgieren, dass man dort auch diese Messegeräte auch anschafft. Zur Zusatzfrage: Es gibt ja aus dem Bezirksrat Jakomini bereits einen Antrag, dort wurde die Idee beschlossen, dass der Veranstalter diese Kosten für die Überprüfung, das dem diese übertragen werden, was natürlich nicht bei großen Veranstaltungen ins Gewicht fallen würde, das heißt, da gibt es einen Beschluss aus dem Bezirksrat Jakomini, da wollte ich Sie fragen bei dieser Zusatzfrage, was Sie von diesem Antrag halten, dass diese Veranstalter sozusagen, dass man denen einen Kostenbeitrag da abverlangt, um mehr Kontrollen da durchführen zu können?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Zuerst, der Wunsch, die Polizei möge ausgestattet werden mit den Geräten, ist natürlich ein frommer. Wir haben ja keine direkte Zugriffsmöglichkeit auf die Polizei, auch keine Möglichkeit, Aufträge zu erteilen, das kann der Landeshauptmann beziehungsweise eine Bundesstelle. Also das werden wir nicht regeln können. Das, was Sie jetzt vorgeschlagen haben, muss ich mit dem Referat abklären, ich habe keine Ahnung, ob wir in der Lage sind, derartige Verpflichtungen hineinzunehmen. Vielleicht wichtig auch für Sie als Information, wir sind ja primär für die Zulassung für Veranstaltungen nur für den öffentlichen Raum zuständig. Die Messe entscheidet das selbst, auch wenn etwas in einem Park stattfindet, entscheidet das jetzt nicht mein Referat. Also da gibt es halt wieder auch Überschneidungen beziehungsweise Schnittstellenproblematiken. Aber grundsätzlich, wie gesagt, ich lasse einmal das Amt überprüfen, wo gibt es andere Möglichkeiten, gibt es da wirklich praktikable, die wir anwenden? Das mit den Geräten werden wir nicht schaffen und das andere schicken Sie mir bitte, ich lasse das einmal prüfen, ob das rechtlich umsetzbar ist (*Applaus FPÖ*).

**7) Unterstützung für den Ankauf einiger Gitarren an der VS Fischerau als Leihinstrument für die Instrumentalkurse**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer** stellt an StR. **Hohensinner**, MBA folgende Frage:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat! Die Volksschule Fischerau, in der Augasse 81, bietet bereits seit Jahren für ihre Schülerinnen und Schüler ein Zusatzangebot Instrumentalkurse für Gitarre an, die von den Eltern selbst finanziert werden. Das Interesse an einer Teilnahme ist bei den Schülerinnen und Schülern sehr groß. Da es jedoch immer wieder viele begabte Kinder mit und ohne Migrationshintergrund gibt, deren Eltern aus finanziellen Gründen nicht in der Lage sind, eine Gitarre anzukaufen, wäre es wünschenswert, ihnen leihweise für die Dauer der Instrumentalkurse eine Gitarre zur Verfügung stellen zu können.

Aus diesem Grund stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **Frage:**

Sehen Sie in Ihrem Verantwortungsbereich eine Unterstützungsmöglichkeit zum Ankauf einiger Gitarren für die Volksschule Fischerau, die dann als Leihinstrumente für begabte Schülerinnen und Schüler für die Dauer der angebotenen Instrumentalkurse zur Verfügung gestellt werden können (*Applaus KPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Ulrike! Für mich ist die Talentförderung in Graz ganz, ganz zentral und für ein musikalisches Talent braucht man ein Instrument und ich glaube, dass wir auch eine Lösung bereits gefunden haben für diese Problem und zwar, es gibt heutzutage Musikschulen und da ist integraler

Bestandteil auch ein Instrumentenverleih und wir haben uns da ein bisschen im Internet schlau gemacht und zwar gibt es das Johann-Josef-Fux-Konservatorium, ist dir sicherlich auch bekannt, und da gibt es einen Instrumentenverleih, nicht nur Gitarren, sondern ganz viele verschiedene Instrumente und ich würde einfach vorschlagen, ich werde mich mit den Schülerinnen und Schülern der Fischerau-Schule in Verbindung setzen und werde ihnen auch dieses Angebot machen, dass sie dort die Instrumente ausborgen können (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Vielen Dank (*Applaus KPÖ*).

## **8) Asylsituation in Graz – Maßnahmen**

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher** stellt an StR.<sup>in</sup> **Kahr** folgende Frage:

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen, sehr geehrte Gäste, sehr geehrte Frau Stadtrat Elke Kahr! Zahlreiche Vertreter deiner Partei haben sich im Rahmen der aktuellen Flüchtlingsdebatte unter dem geflügelten Wort „Refugees welcome“ für mehr Solidarität mit den Flüchtlingen stark gemacht. Zu den Sorgen der österreichischen Bevölkerung äußerten sie sich leider nicht wirklich, nicht wahrnehmbar. Es soll dir nun also die Möglichkeit eingeräumt werden, im Rahmen deiner Ressortzuständigkeit wenigstens die wesentliche Frage zu beantworten.

Daher stelle ich dir folgende

## F r a g e

im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs: Welche Maßnahmen hast du im Rahmen deiner Ressortzuständigkeit ergriffen, um auf einen zu erwartenden Zuzug von Flüchtlingen im Sinne der Genfer Konvention in die Gemeindewohnungen vorbereitet zu sein (*Applaus FPÖ*)?

StR.<sup>in</sup> **Kahr**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Gemeinderätin Schönbacher! Ich kenne Sie jetzt nicht ganz drei Jahre hier im Hause und ich schreibe es jetzt vielleicht dem zu, dass Sie eben noch nicht so lange hier sind, weil die Frage, die Sie mir stellen, ist vollkommen berechtigt, aber Ihre einbegleitenden Worte, die zeugen schon ein bisschen von politischer Überheblichkeit, wenn Sie hier sagen, dass wir die Sorgen der Bevölkerung, dass wir uns dazu nicht äußern und vielleicht geschweige denn, falls Sie noch dazu anfügen möchten, wir sind nicht da, weil Sie wissen vielleicht oder können sich in den kommenden Monaten ja auch schlau machen, jeden Tag sind drüben Grazerinnen und Grazer in meinem Stadtratsbüro mit Sorgen, die nicht nur im Zusammenhang mit den Flüchtlingen jetzt stehen, sondern diese Sorgen und Nöte, die die Leute haben, die sind ja schon seit Jahren. Weil wenn man den Bogen gleich jetzt zum Thema Wohnen spannen, das ist ja schon, wenn wir gewartet hätten, bis jetzt die Flüchtlingsströme zu uns kommen und uns erst jetzt des Thema Wohnens annehmen und vor allem, wenn es darum geht von bezahlbarem Wohnraum, dann würde es wirklich düster ausschauen und dann würde ich das schlimmste befürchten. Es sind leider, und dazu reicht die Fragestunde nicht aus, die Versäumnisse in der Vergangenheit, sei es auf Bundes-, Landes- oder auch Stadtebene, was die jeweiligen Budgetreferenten und den Schwerpunkt Wohnen betroffen hat, eh genug Versäumnisse gewesen, aber ich will jetzt nicht zurückschauen, sondern wir



haben in den letzten zehn Jahren, Gott sei Dank, es geschafft durch viel, viel Beharrlichkeit und nämlich gerade meine Fraktion, dass wir, wenn es um sozialen und bezahlbaren Wohnraum geht, sprich Gemeindewohnungen, weitergekommen sind. Weil zehn Jahre hat es hier zwischen 1995 und 2005 einen Stillstand gegeben und ich möchte jetzt gar nicht auch Sachen, die Ihre Fraktion, vor allem im Landtag mitverursacht hat bezüglich der Wohnbauförderungen, hier ansprechen, weil mit dem hat die gesamte Steiermark derzeit zu kämpfen, wo es jetzt in den kommenden Monaten und Jahren zu Annuitätensprüngen kommen wird, wo es derzeit im Land Steiermark noch keine Antwort darauf gibt. Gott sei Dank haben wir in Graz am Wohnungsamt ein Mietenzuschussmodell eingerichtet, um hier das schlimmste für die Menschen abzufangen. Ganz konkret auf die Flüchtlinge bezogen. Sie wissen, dass die Richtlinien, und das ist laut Genfer UNO-Konvention und die EU schreibt das so vor, die Richtlinien für eine Gemeindewohnung auch für Konventionsflüchtlinge und für Daueraufenthaltsberechtigte gestattet sind, um eine Gemeindewohnung anzusuchen. Wir bewältigen das derzeit recht gut, auch wenn es mehr Gemeindewohnungen sein könnten. Eines ist aber ganz klar, sollte es in den kommenden Jahren zu mehr Ansuchenden, also positiven Asylbescheiden kommen, dann werden wir das mit den vorhandenen Gemeindewohnungen nicht auffangen können. Das ist auch etwas, was den Kolleginnen und Kollegen in der Stadtregierung bekannt ist, weil wir vor dem Sommer schon darauf aufmerksam gemacht haben und auch auf eine Gesprächsrunde mit dem Land Steiermark gedrängt haben, weil das wichtig ist, auch die Kollegen im Landtag, dass sie darauf achten müssen bei der Verteilung beziehungsweise Überlegung, wie künftighin diese Familien in der Zwischenzeit vor allem wohnversorgt werden können. Weil spätestens Mitte nächsten Jahres wird es zu positiven Asylbescheiden kommen, man muss in Graz ein Jahr gemeldet sein plus der Wartezeit, die ja für alle gleich gilt, um eine Gemeindewohnung wird es hier für jene zu zwei/drei Jahren Wartezeit kommen, das heißt, man muss eine Lösung für dazwischen finden. In dieser Gesprächsrunde ist uns gesagt worden, dass dieses Problem ihnen bewusst ist und dass hier auch steiermarkweit eine Lösung angedacht werden muss, weil es gibt

Gemeinden, die eher mit dem gegenteiligen Problem zu kämpfen haben, die haben eigentlich sehr viel leer stehenden Wohnraum und günstigeren Wohnraum zur Verfügung und ich denke, dass man hier in diese Richtung auch einiges andenken muss (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher**: Danke für die Beantwortung. Durch den Zuzug entstehen meiner Meinung nach auch sehr viele Probleme, weil es ziehen zu uns oder auch in die Gemeindewohnungen sehr viele Menschen, die nicht dieselben Vorstellungen von Ordnung und Sauberkeit haben wie wir. Das bezeugen Beschwerden, die sehr oft zu uns in den Klub herangetragen werden, zum Beispiel das Thema Mülltrennung, es liegt der Müll nicht in der Tonne, sondern im Müllraum. Da findet man, ich habe es selbst gesehen, von intakten Lebensmitteln über Sperrmüll alles, das verursacht sehr hohe Betriebskosten, zusätzlich urinieren Menschen in den Lift, in den Gang, in den Keller, Sonstiges, es werden regelmäßig Feuerlöscher entleert und das wieder in den Griff zu bekommen, bedeutet höhere Betriebskosten. Du hast mir beim letzten Mal gesagt, dass es kein Problem gibt, das du nicht kennst, deshalb frage ich dich, gibt es bereits ein Konzept oder ist eines in Arbeit, um Bewohner von Gemeindewohnungen, die sich an die Hausordnung halten, vor einer Erhöhung von Betriebskosten zu schützen (*Applaus FPÖ*)?

StR.<sup>in</sup> **Kahr**: Eines ist, das habe ich auch letztes Mal schon gesagt, weil das ist, diese Problemfelder, die du hier ansprichst, die gibt es, aber nicht nur in Gemeindewohnungen, und das werde ich sicherlich nicht müde hier zu betonen, weil ich auch für das Friedensbüro zuständig bin mit der Nachbarschaftshilfe und dieselben Probleme können dir die KollegInnen, und das weiß ich auch selber, weil ich selber oft

ersucht werde, zu Hausbesuchen zu kommen, genauso in Eigentumswohnanlagen oder in privaten Wohnanlagen findest du dieselben Problemfelder vor. Das heißt, es ist nichts Gemeindespezifisches. Die Betriebskosten Wasser, Kanal, Müll hängen vom Verbrauch ab, wie du weißt. Die KPÖ war es hier im Hause, die dafür gesorgt hat, dass die Betriebskosten für die kommenden zwei Jahre für alle Grazer und Grazerinnen nicht erhöht werden (*Applaus KPÖ*) und wenn es darum geht, einen Sperrmüll, so wie du jetzt gerade angesprochen hast, das ist zu Recht ärgerlich und das empört mich ja auch selber mehr vielleicht noch als dich, weil ich es ja sehr, sehr oft sehe. Wenn du nicht weißt, wer dieses Gut in der Wohnhausanlage auf Kosten der anderen sozusagen dort hingelegt hat, dann hast du keine Handhabe. Man kann nicht jeden Winkel mit Videokameras überwachen. Sehr oft weiß man es, dann ist das auch kein Problem, dann wird das entsorgt auf Kosten und Rechnung des Mieters. Ist es nicht bekannt, und oft sind es ja nicht einmal die Bewohner im Haus, sondern sind es oft Leute, die dieses Sperrgut einfach irgendwo ablagern und zufällig zum Handkuss dann die Bewohner in der Wohnhausanlage kommen. Aber das wird man auch mit einem Konzept nicht in den Griff bekommen. Es gibt Überlegungen von unserer Seite her, das ist jetzt nicht vom Wohnungsamt, weil man kann da nicht zusätzliche Kosten, aber wir haben eine Überlegung, wie man künftighin diese... also mit Bewusstsein müsste man erstens einmal arbeiten, weil es eigentlich eh ein Witz ist, dass man das überhaupt macht, aber das hat auch nichts mit Flüchtlingen oder mit MigrantInnen zu tun, weil das trifft genauso unsere Leute, wenn man so sagen will und es werden dir, wenn du genau zuhörst, auch Österreicherinnen und Österreicher bestätigen (*Applaus KPÖ*).